

Mandelbachtal, 10. Februar 2018

Armes Saarland

Wenn Großes in Kleinem entsteht, dann gilt das auch für jedes große Übel. So gesehen ist die Parteipolitik auf der kleinen Kommunalebene die Keimzelle der Parteipolitik auf den großen Bühnen der Länder und des Bundes.

Aus diesem Grunde gleicht die Sitzordnung im Rathaus der in Landtagen und im Bundestag. Nicht der Mensch zählt sondern die Partei. Selbst in den Sitzungen der Ausschüsse, in denen es vertieft um die Sache gehen sollte, ist die persönliche Fachkompetenz nicht entscheidend. Nein, auch dort dominiert die Partei, die Entscheidungen im Ausschuss in vorausgehenden Fraktionssitzungen festgeklopft.

Man kann es auch deutlicher sagen: In den Ausschüssen bereiten die Fraktionen im Gemeinderat das vor, was der Ausschuss am Ende den Fraktionen im Gemeinderat vorschlägt. Nun weiß man, warum der Ausschuss Ausschuss heißt. Er ist überflüssig. Entscheidungen fallen in Hinterzimmern, also hinter verschlossenen Türen.

Das saarländische Kommunalwahlrecht spielt den Parteien dabei perfekt in die Karten. Selbst bei Landtags- und Bundestagswahlen hat man zwei Stimmen. In Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg sieht man bei Kommunalwahlen ein ganzes Bündel an Stimmen zur Verfügung, die man auf einzelne Personen verteilen kann. Im Saarland hingegen bleibt nur eine einzige Stimme - für eine Partei natürlich. Man kann es getrost **gewollte Rückständigkeit** zugunsten des Machterhaltes von Parteien nennen.

Demokratie im Saarland gleicht einer Parteiendiktatur, die jüngst, in medial vorgetragener Einigkeit, am Topf satte Versorgungsbezüge sitzend, zelebriert wurde.

Armes Deutschland !!!!

Während sich einige ob der Berlinpräsenz saarländischer Politiker vor Stolz nicht mehr einkriegen, der geschwellten Brust wegen den Boden unter den Füßen nicht mehr sehen, werden Zahlen veröffentlicht, die das Saarland endgültig als „Armenhaus der Republik“ bestätigen.

Zwei Saarländer im Kabinett und eine direkt im Windschatten den Kanzlerin. Rekordverdächtig für wahr! Und was hinterlassen die *Landflüchtlingen* im Saarland: Die Saarkommunen weisen mit Abstand bundesweit die höchste Verschuldung auf, der Stadtverband ist bundesweites Schlusslicht bei der Verschuldung der Kreise, die Stadt Saarbrücken nicht weit davon entfernt. Dass das Saarland ohne fremdes Geld nicht lebensfähig ist, sei nur am Rande erwähnt. Ein durch und durch bankrotter Flecken im Herzen Europas. Nun bei der Dichte der Sterneköche liegt man vorne.

Die *Landflüchtlinge* hinterlassen also nichts als verbrannte Erde. Die Verschuldung ist das Werk der im Bund, im Saarland und auf kommunaler Ebene regierenden GROKO-Parteien, die sich nun anschicken, ihr über Jahre gewachsenes Werk zu vollenden. Das Land ist durch Finanz- und Baukandale geprägt, Vetternwirtschaft, Ämterhäufung, Amtsmissbrauch stehen auf der Tagesordnung. Auf der anderen Seite steht die permanente Verschwendung von Steuergeldern. Die eigene Ideen- und Perspektivlosigkeit versteckt man in teuren Gutachten, die mitunter das Papier nicht wert sind, auf das sie gedruckt wurden.

Die offensichtlich einfältigen Wählerinnen und Wähler werden vor und nach den Wahlen mit verbalem Schwachsinn konfrontiert. „Es gehe um das Wohl des Landes“ wird in die jubelnde Menge gebrüllt um dann, wenn der Lockruf kommt, die eigene Karriere und die Partei in den Vordergrund zu stellen. Dem Land wollte sie dienen, das Land hat sie verlassen. Wenn das der Dienst am Land ist, dann ist sie zu spät gegangen. Zumindest wissen wir nun, was Parteifunktionäre verdienen.

Und was wächst auf dem ausgelaugten Boden nach? Nun es ist eine neue Generation, die bereits bei Antritt eines Amtes klarstellt, dass die eigene Karriere wichtiger ist als die Pflichterfüllung dem Land gegenüber. Andere wiederum zeigen, dass man auch ohne einen Berufsabschluss ein Land führen kann, wenn nur die Farbe des Parteibuches stimmt. Man kann also getrost von einer Entsorgung nach oben sprechen.

Das also sind die neuen Vorbilder und auf die sollen wir auf kommunaler Ebene Agierenden womöglich noch aufschauen. Parteien scheinen zum Tummelplatz für die zu werden, die glauben, Politik sei ein Beruf. Wäre dem so, gäbe es dafür eine Ausbildung und am Ende eine Prüfung mit einer nachgewiesenen Qualifikation, wie sie von jedem Handwerker, Facharbeiter oder Akademiker verlangt wird. Im richtigen Leben wird man sich mit einer abgebrochenen Lehre oder einem abgebrochenen Studium vergebens für höhere Aufgaben bewerben können. In der Politik indes ist alles möglich.

Geschäftsführer müssen für den Bankrott einer Firma den Kopf hinhalten, sogar ins Gefängnis, wenn sie die Insolvenz verschleppen. Parteibuchhalter in verantwortlichen Positionen hingegen stellen sich bei gleicher Bilanz zur Wiederwahl.

Die Kanzlerin hat es vor wenigen Tagen unverblümt so formuliert: Eine Legislaturperiode dauert 8 Jahreshälften. Eine hat man für die Findung einer Regierungsmannschaft schon verpulvert. Zwei Hälften wird man am Ende für den dann bereits wieder tobenden Wahlkampf benötigen. Verbeiben fünf Achtel, die dem neuen Außenminister kaum reichen werden, in allen Ländern seinen Antrittsbesuch zu machen. Berücksichtigt man dann noch die Einarbeitungszeit ins Amt, die Zeit, die für die Parteiarbeit aufzubringen ist, verbleiben nur noch wenige Achtel, sich für das Wohl derer zu engagieren, die einen gewählt oder auch nicht gewählt haben.